

Nr. 18/446

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Beschäftigungsverhältnisse an bremischen Hochschulen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 3. Juli 2012
(Drucksache 18/485)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. August 2012
(Drucksache 18/534)
2. Berufliche Orientierung, beruflicher Einstieg, beruflicher Aufstieg – Situation und Perspektiven der Berufsausbildung im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Juli 2012
(Drucksache 18/527)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. September 2012
(Drucksache 18/556)

Nr. 18/447

Verursachergerechte Strompreise

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 10. Oktober 2012
(Neufassung der Drucksache 18/591 vom 4. Oktober 2012)
(Drucksache 18/598)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bei Novellierungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes (KWKG) und des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) im Bundesrat darauf hinzuwirken, dass Privathaushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und Industrie angemessen an den Kosten für die erneuerbaren Energien, die Kraft-Wärme-Kopplung, den Netzausbau und die Netznutzung beteiligt werden.

Die Ausnahmeregelungen für den Emissionshandel, die Netznutzungsentgelte, die Energie- und Stromsteuer, die EEG- und die KWK-Umlage sind so zu verändern, dass sie transparent und konsistent nach einer einheitlichen Definition nur solchen Unternehmen zugutekommen, die stromintensiv sind, auf absehbare Zeit keine technischen Alternativen einsetzen können und im internationalen Wettbewerb stehen. Deren Existenzfähigkeit am Standort Deutschland darf nicht gefährdet werden. Im Übrigen sind diese Ausnahmen in den nächsten Jahren sukzessive abzubauen, damit der Anreiz zum Energiesparen auch in der Industrie steigt. Zusätzlich muss die wirkungslose aber teure „Marktprämie“ aus dem EEG gestrichen werden.
2. Zur Vermeidung von sozialen Härten ist die Einführung von gestaffelten Stromtarifen zu prüfen. So könnten beispielsweise Stromversorger verpflichtet werden, ein Grundbedarfspaket von 500 kWh zum jeweils günstigsten Tarif anzubieten.

Nr. 18/448

A 281, Bauabschnitt 2/2: Konkretisierung der Variante 4SÜD

Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 2012
(Drucksache 18/585)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/449

A 281 – Bauabschnitt 2/2 zügig und anwohnerverträglich realisieren

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 16. Oktober 2012
(Neufassung der Drucksache 18/601 vom 11. Oktober 2012)
(Drucksache 18/610)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass sich Senat und Bundesregierung in den Gesprächen auf die gegenüber der Planfeststellungsvariante städtebaulich vorteilhaftere und anwohnerverträglichere Trassenlage der Variante 4SÜD verständigen konnten. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die vom Senat mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung abgestimmte Variante 4SÜD modifiziert als Grundlage für die weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte unter den unter 2. bis 6. genannten Maßgaben.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, weitere Maßnahmen zum Lärmschutz in den betroffenen Gebieten umzusetzen. Dies gilt insbesondere für den Autobahnzubringer Arsten und die A 1 in Arsten, Kattenesch und Habenhausen. Dabei ist zu prüfen, ob durch die erwartete Zunahme des Verkehrs nicht zuletzt auch in der Kattenturmer Heerstraße und hinsichtlich des Bauabschnittes 2/2 zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen in Richtung Kattenturm und Wolfskuhlen-siedlung notwendig werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie zeitnah ein Umsetzungskonzept für die Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen des Bauabschnittes 2/2 vorzulegen. Dieses Konzept soll eine Prioritätenliste aller gebotenen Einzelmaßnahmen, eine Darstellung der geplanten zeitlichen Umsetzung sowie deren Finanzierung enthalten.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, das Provisorium der jetzigen Auf- und Abfahrten am Neuenlander Ring und an der Georg-Wulf-Straße so zu modifizieren, dass es für die anstehende Dauer der Bautätigkeit zu einer wirksamen Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner kommt. Die Frage der endgültigen Zu- und Abfahrten im Bereich des Bauabschnittes 2/2 wird unter Beteiligung der Beiräte sowie der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner insoweit als möglich anwohnerfreundlicher Art im Rahmen der Planfeststellung geklärt.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihren Beschluss, dass die Bundesstraße 6 neu (B 6n) nur in der Bremer Vorzugsvariante mit einem Tunnel unter der Start- und Landebahn des Flughafens hindurch gebaut und bei Brinkum an die Autobahn angeschlossen werden soll, also in der Form, wie sie der Runde Tisch zur B 6n in 2009 gemeinsam beschlossen und wie sie der Runde Tisch zum Bauabschnitt 2/2 sie im April 2011 bestätigt hat. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert zudem, dass die Verknüpfung des Bauabschnittes 2/2 und der B 6n auf dem ehemaligen Gelände der Firma Hornbach erfolgen soll. Eine Änderung des Flächennutzungsplans für eine Umfahrung der Landebahn und Trassenführung unmittelbar in der Nähe des Wohn- und Kleingartengebietes Wolfskuhle lehnt die Bürgerschaft (Landtag) ausdrücklich ab.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, mit dem von der Verkürzung der Tunnellänge hauptbetroffenen Anwohner der Variante 4SÜD modifiziert vor der Einleitung eines Enteignungsverfahrens einen einvernehmlichen Ausgleich zu erörtern.

Nr. 18/450

Kinderwunschbehandlungen in Bremen fördern!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. Juni 2012
(Drucksache 18/483)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/451

Sicherheit, Wirksamkeit und gesundheitlichen Nutzen von Medizinprodukten besser gewährleisten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 27. Juni 2012
(Drucksache 18/478)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die Arbeit der für die Bewertung von Risiken bei der Nutzung von Medizinprodukten zuständigen Bundesoberbehörde „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM)“ intensiviert wird und die potenziellen Gefahren, die bei der Anwendung dieser Produkte für den Menschen entstehen können, regelmäßig evaluiert werden und diese sowohl der Öffentlichkeit wie auch der Fachöffentlichkeit durch hinreichende Informationen bekannt gegeben werden,
2. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass ein Implantatpass für implantierte Medizinprodukte eingeführt und an die Patientinnen und Patienten ausgegeben wird,
3. zu eruieren, wie ein verbindliches Register zur Langzeitüberwachung von implantierbaren Medizinprodukten aussehen müsste, damit ein besserer Schutz der Patientinnen und Patienten gewährleistet wird,
4. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass im geplanten Patientenrechtgesetz gesetzlich geregelt wird, dass Patientinnen und Patienten der Implantatpass auszuhändigen ist, sie Zugang zu weiteren für sie relevante Informationen über die verwendeten Medizinprodukte erhalten sowie von den behandelnden Ärztinnen und Ärzten umfassend über mögliche gesundheitliche Risiken aufgeklärt werden,
5. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Medizinproduktegesetz so geändert wird, dass alle Fragen der Medizinproduktehaftung beim Verursacher, Hersteller oder bei den Prüfungsbehörden verbleiben und nicht die gesetzliche Krankenversicherung belasten und Entsprechendes für die Kundinnen und Kunden der privaten Krankenversicherungswirtschaft gilt,
6. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Abschluss einer Haftpflichtversicherung für die Hersteller von Medizinprodukten verpflichtend wird.

Nr. 18/452

Pressevielfalt erhalten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. Juli 2012
(Drucksache 18/488)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. gemeinsam mit den anderen Ländern gesetzliche Regelungen zur Verankerung des Presse-Grossos sicherzustellen und den Bund aufzufordern, dies ebenfalls zu tun,
2. zu prüfen, ob die Einrichtung einer Schlichtungsstelle zur Beteiligung von Streitfragen zwischen Verlegern und Grossisten sinnvoll ist.

Nr. 18/453

Soziale Aspekte der Wohnungsbaupolitik in Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 29. Juni 2012
(Drucksache 18/482)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. August 2012

(Drucksache 18/552)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/454

Beirat Platt einrichten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Dezember 2011
(Drucksache 18/182)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 18/455

Beirat Platt einrichten

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Kultur
vom 4. Juli 2012
(Drucksache 18/497)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Zuordnung und Anbindung des Beirates Plattdeutsch beim Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft in folgender Zusammensetzung:

- a) Vertretungen der Fraktionen der Bürgerschaft (Landtag),
- b) Vertretung des Instituts für niederdeutsche Sprache,
- c) Vertretung der niederdeutschen Dachorganisationen in Bremen und Bremerhaven,
- d) Vertretungen niederdeutscher Strukturen aus den Bereichen Schule, Wissenschaft, Medien, Theater, Kirche etc.,
- e) Vertretungen der von der Sprachencharta betroffenen Ressorts.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht der staatlichen Deputation für Kultur zur Kenntnis.

Nr. 18/456

Unterhaltungsvorschüsse konsequent einfordern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/505)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/457

Teilhabe von Hörgeschädigten durch Induktionsanlagen stärken

Antrag der Fraktionen der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 12. September 2012
(Neufassung der Drucksache 18/519 vom 10. Juli 2012)
(Drucksache 18/577)

Die Bürgerschaft (Landtag)

1. beschließt in Selbstverpflichtung, im Eingangsbereich der Bremischen Bürgerschaft unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes ein Schild anzubringen, das auf die Induktionsanlage hinweist, und die Angestellten über das Vorhandensein dieser Anlage zu informieren und – falls nötig – in die Bedienung einzuweisen.
2. beschließt in Selbstverpflichtung, bei öffentlichen Veranstaltungen der Bremischen Bürgerschaft, soweit technisch realisierbar, portable oder stationäre Induktionsanlagen einzusetzen, auf die in Veranstaltungsankündigungen ausdrücklich hingewiesen wird.
3. fordert den Senat auf, an öffentlichen Gebäuden, in denen Induktionsanlagen vorhanden sind, Schilder anzubringen, die auf diese hinweisen, und die Angestellten über das Vorhandensein dieser Anlagen zu informieren und – falls nötig – in die Bedienung einzuweisen.
4. fordert den Senat auf, bei allgemeinen öffentlichen Veranstaltungen zunehmend portable oder stationäre Induktionsanlagen einzusetzen, auf die in Veranstaltungsankündigungen ausdrücklich hingewiesen wird.
5. fordert den Senat auf, darauf hinzuwirken, dass zukünftig mehr öffentliche Gebäude mit Induktionsanlagen ausgestattet werden, auf die deutlich am Eingang, in Druckerzeugnissen und im Internet hingewiesen werden soll; die dort tätigen Angestellten sind über das Vorhandensein dieser Anlagen zu informieren und – falls nötig – in die Bedienung einzuweisen.
6. fordert den Senat auf, bei der Überarbeitung des Stadtführers „Barrierefreies Bremen“ auch seine Aktualität in diesem Punkt herzustellen.

Nr. 18/458

Barrierefreie Geldautomaten im Land Bremen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Juli 2012
(Drucksache 18/526)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, welche gesetzlichen und gesellschaftsrechtlichen Instrumente das Land Bremen ergreifen kann, um den Einsatz barrierefreier Geldautomaten in Bremen und Bremerhaven zu beschleunigen, und welche Möglichkeiten der Abschluss einer entsprechenden Zielvereinbarung, wie z. B. in Rheinland-Pfalz, bieten würde.

Nr. 18/459

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch für psychisch Kranke

Mitteilung des Senats vom 17. Juli 2012
(Drucksache 18/528)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/460

Für ein Recht auf ein Girokonto für alle

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. Januar 2012
(Drucksache 18/205)

1. Der Senat wird aufgefordert, weiterhin auf eine bundesweite Regelung für einen Rechtsanspruch auf ein guthabenbasiertes Girokonto zu drängen.
2. Der Senat wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Sparkassengesetz gemäß dem Vorbild anderer Bundesländer um einen wirksamen Kontrahierungszwang ergänzt.

3. Der Senat wird aufgefordert, seinen Einfluss auf die Sparkasse Bremen AG mit dem Ziel geltend zu machen, entsprechend der Selbstverpflichtung des ZKA auf Wunsch für jede/n ein Girokonto bereitzuhalten und diese Möglichkeit in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Nr. 18/461

Für ein Recht auf ein Girokonto für alle

Bericht der staatlichen Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
sowie für Soziales, Kinder und Jugend
vom 31. Juli 2012
(Drucksache 18/532)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie für Soziales, Kinder und Jugend Kenntnis.

Nr. 18/462

Bedingungen für Standortgemeinschaften (BID) verbessern

Mitteilung des Senats vom 7. August 2012
(Drucksache 18/533)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/463

Widerstand gegen MOX-Brennelemente-Transporte

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 11. September 2012
(Drucksache 18/564)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/464

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Lese- und Schreibkompetenzen als Schlüssel für schulischen Erfolg
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 29. August 2012
(Drucksache 18/553)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 2012
(Drucksache 18/586)
2. Wirtschaftliche Potenziale des Fahrradtourismus für das Land Bremen erschließen

Mitteilung des Senats vom 4. September 2012
(Drucksache 18/555)
3. Wirtschaftliche Existenz freiberuflich tätiger Hebammen sichern!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. September 2012
(Drucksache 18/558)
4. Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption endlich ratifizieren und Bestechlichkeit und Bestechung der Mitglieder von Volksvertretungen unter Strafe stellen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. September 2012
(Drucksache 18/559)

5. Pflegeplan für das Land Bremen entwickeln!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. September 2012
(Drucksache 18/567)
6. „Budget für Arbeit“ in Bremen einführen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. September 2012
(Drucksache 18/569)
7. Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 3 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes – Stabilitätsbericht 2011 –
Mitteilung des Senats vom 11. September 2012
(Drucksache 18/571)
8. Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Umsetzung des Sanierungsprogrammes 2012/2016
Mitteilung des Senats vom 11. September 2012
(Drucksache 18/572)
9. Tilgungsfristen im Führungszeugnis von Sexualdelikten gegen Kinder und Jugendliche aufheben
Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. September 2012
(Drucksache 18/582)
10. Kindeswohlsicherung stärken und Kinder wirksam vor Drogenumfeld schützen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. November 2011
(Drucksache 18/106)
11. Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend zum Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen (Drucksache 17/1742) sowie zum Antrag der Fraktion der CDU „Kindeswohlsicherung stärken und Kinder wirksam vor Drogenumfeld schützen“ (Drucksache 18/106)
vom 1. Oktober 2012
(Drucksache 18/583)
12. Sicherheitspartnerschaft für Offshore-Windparks
Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. Oktober 2012
(Drucksache 18/587)
13. Genehmigungsverfahren im Baurecht verkürzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. Oktober 2012
(Drucksache 18/588)

